

GROSSER RAT

Sitzung vom 18. August 2015, Art. Nr. 2015-1000, romm/eb

PROTOKOLL

(GR.15.89-1) Ergänzungsbotschaft zur Botschaft 14.197; Neuregelung der familienergänzenden Kinderbetreuung; Aargauische Volksinitiative "Kinder und Eltern" für familienergänzende Betreuungsstrukturen; Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung (Kinderbetreuungsgesetz, KiBeG) (Gegenvorschlag); Bericht und Entwurf zur 1. Beratung; Eintreten und Beginn der Detailberatung

Der Rat behandelt die regierungsrätliche Vorlage vom 20. Mai 2015 samt dem Prüfungsantrag der Kommission für Gesundheit und Sozialwesen (GSW) vom 22. Juni 2015, dem der Regierungsrat zustimmt. Die Kommission beantragt Eintreten und Beschlussfassung gemäss ihren Anträgen. Es referiert deren Präsident, Hans Dössegger, Seon.

Allgemeine Aussprache bzw. Eintreten

Eintreten auf die Volksinitiative ist obligatorisch. Ein Nichteintretensantrag kann nur hinsichtlich KiBeG gestellt werden.

Fredy Böni, Möhlin, beantragt namens der SVP-Fraktion Nichteintreten.

Für die übrigen Fraktionen referieren: GLP, Renata Siegrist-Bachmann, Zofingen; CVP, Andre Rotzetter, Buchs; FDP, Dr. Martina Sigg, Schinznach; SP, Dr. Jürg Knuchel, Aarau; Grüne, Eva Eliassen Vecko, Turgi; BDP, Maya Bally Frehner, Hendschiken; EVP, Lilian Studer, Wettingen.

Einzelvotantinnen und -votanten: Dr. Anna Andermatt, Wettingen; Edith Saner, Birmenstorf; Renate Gautschy, Gontenschwil; Irène Kälin, Lenzburg; Ruth Jo. Scheier, Wettingen; Andreas Glarner, Oberwil-Lieli; Daniel Wehrli, Küttigen; Fredy Böni, Möhlin; Kathrin Scholl-Debrunner, Lenzburg.

Für den Regierungsrat nimmt Frau Landstatthalter Susanne Hochuli Stellung.

Eintreten wird in der Abstimmung mit 85 gegen 46 Stimmen beschlossen.

Detailberatung

Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung (Kinderbetreuungsgesetz, KiBeG) (Gegenvorschlag)

1.

Dr. Martina Sigg, Schinznach, stellt im Namen der FDP-Fraktion folgenden Antrag: "Auf das Rahmengesetz sei zu verzichten zugunsten einer Anpassung des § 39 SPG."

Nach Abschluss der Diskussion und der Stellungnahme von Sozialdirektorin Susanne Hochuli wird der Antrag in der Abstimmung mit 66 gegen 65 Stimmen abgelehnt.

An dieser Stelle unterbricht der Vorsitzende die Beratungen und schliesst die Sitzung.

Dr. Markus Dieth
Präsident

Rahel Ommerli
Ratssekretärin

Verteiler
Departement Gesundheit und Soziales
Rechtsdienst Regierungsrat (Publikation)